



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

in dieser Woche habe ich zweimal zu einem meiner wichtigsten Anliegen gesprochen: der Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit. Meiner Meinung sind ehrenamtlich tätige Menschen die besten Demokraten, weil sie bereit sind, etwas zum Wohle der Allgemeinheit, zum Wohle anderer beizutragen. Mehr dazu auf den nächsten Seiten.

30 Jahre nach dem Fall der Mauer haben wir Verbesserungen für die Opfer des SED-Unrechtsregimes beschlossen. Dazu gehört in erster Linie die Aufhe-

bung der Fristen der Rehabilitationsgesetze. Das betrifft auch alle ehemaligen Heimkinder, die als Säuglinge, Kinder oder Jugendliche in einer staatlichen Einrichtung untergebracht wurden, weil z.B. ihre Eltern aus politischen Gründen inhaftiert waren. Erhöht werden die Ausgleichszahlungen für rechtswidrig Inhaftierte von 214 auf 240 Euro sowie die Opferrenten von 300 auf 330 Euro.

Am Donnerstag (24.10.2019) haben wir Anträge der Fraktionen Die Linke und der AfD debattiert, in denen die Forderung nach Aufhebung der Sanktionen gegen Russland gestellt wurde. Diese

Debatte zur Russlandpolitik hat mich nochmal in meiner Ansicht bestärkt: Die Mittel und Wege, die Mühen und die Durchsetzung der Menschenrechte dürfen nicht vom erwarteten Erfolg oder Misserfolg abhängig gemacht werden, sondern sind auch immer Ausdruck einer festen Haltung. Solange Russland Unrecht auf dem ukrainischen Boden tut, kann keine Rede von einer Lockerung der Sanktionen sein.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Ihr

Bundesfreiwillige im Bundestag

Im Rahmen einer Seminarreihe der Tafel-Akademie Berlin waren 20 Bundesfreiwillige am Mittwoch (23.10.2019) zu Gast im Bundestag. Diskutiert wurde die ganze Bandbreite an

aktuellen Themen wie Umgang mit der AfD, Klimaschutzpaket der Bundesregierung und vor allen Dingen die Mittel für die Freiwilligendienste. Die im Bundeshaushaltsentwurf

2020 geplante Kürzung der Mittel dürfen wir so nicht hinnehmen. Denn die Freiwilligen (FSJ, FÖJ, IJFD, Bufdis) leisten einen wesentlichen Beitrag für unsere Gesellschaft.



Nr. 39/19. WP
25. Oktober 2019

Ehrenamtliche sind unsere besten Demokraten

Rede zum AfD-Antrag „Ausbau der Ehrenamtskarte“ am 24.10.2019 im Deutschen Bundestag:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste im Haus! Die Wertschätzung des Ehrenamtes – wir haben es eben gehört und teilen das weithin – ist unbestritten. Aber die Wertschätzung des Ehrenamts eignet sich nicht dafür, dass wir Polaritäten aufbauen und Maßnahmen fordern, die, so wie sie im vorliegenden Antrag dargelegt sind, nicht funktionieren können. Ich werde Ihnen auch sagen, warum. Sie sind mit Ihrem Antrag – das Anliegen teilen wir grundsätzlich, weil wir das Ehrenamt, wo es nur geht, fördern wollen – zu weit gesprungen. Wir leben nicht in einer Diktatur. Wir leben in einem Land, in dem die unterschiedlichen Gebietskörperschaften ihre eigene Entscheidung für ihren jeweiligen Bereich treffen, und das haben sie getan; Herr Reichardt, Sie haben das eben aufgezählt.

Ich habe im Vorfeld recherchiert: Es gibt eine Unmenge von Initiativen und Länderregelungen. Alleine in den Kommunen sind es mehrere Hundert, an die tausend Initiativen, die sich um das Ehrenamt bemühen. Nun stellen Sie sich mal vor: Wir als Bund kommen jetzt, setzen uns obendrauf und fordern – so haben Sie es in Ihrem Antrag formuliert –, „die Länder zu beauftragen, Partner der Ehrenamtskarte ...

zu finden“. Die Länder werden uns was pfeifen. Die Länder in Deutschland lassen sich nicht beauftragen. Das wissen wir aus vielen Auseinandersetzungen.

Wenn wir dieses Thema angehen wollen, dann müssen wir werben. Wir müssen die vielen Initiativen, die sich in diesem Bereich schon ausgebildet haben – Sie haben es angesprochen: sie sind sehr unterschiedlich, aber im Grunde genommen haben alle eine Zielrichtung –, erst einmal sichten, bewerten, koordinieren und dann die entsprechenden Verantwortlichkeiten zusammenbringen. Wir sagen: Es macht Sinn, für Deutschland insgesamt eine Würdigung des Ehrenamts zu finden.

Ich muss hier allerdings differenzieren: Sie haben mit der Karte vor, die Wertschätzung des Ehrenamts zu fördern – so habe ich jedenfalls Ihren Antrag verstanden –, und gleichzeitig ist es unser Anliegen, dass wir Menschen, die sich im Ehrenamt betätigen, einen Nachweis für ihre Tätigkeit geben, einen Nachweis, der sich für ihre Biografie, für ihr Arbeitsleben und für ihre eigene Entwicklung positiv auswirken kann.

Solche Nachweise gibt es schon, aber wir haben einen so bunten Strauß, dass es schwer sein wird, etwas Gemeinsames zu formulieren. Das kann man nicht über Anweisungen machen; vielmehr müssen wir einen Prozess einleiten. Darüber haben wir im Unterausschuss schon zwei

Jahre diskutiert. Wir geben das auch nicht auf, weil wir glauben, dass es Sinn macht. Aber wir haben die Mühen der Ebenen gesehen. Wir können das nicht einfach anordnen. Wir müssen Gespräche mit den Ländern führen. Wir müssen mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber reden. Wir müssen auch mit der Wirtschaft darüber reden; denn wenn sich die Wirtschaft in einer bestimmten Region für das Ehrenamt engagiert hat, dann hat sie immer ihr eigenes Interesse im Blick gehabt. Ohne eigenes Interesse wird die Wirtschaft nichts tun.

Das alles zusammenzubringen, kostet wirklich Kraft und Zeit. Wenn Sie uns in diesem Prozess begleiten, werden wir dankbar sein. Aber dem vorliegenden Antrag können wir nicht zustimmen; denn er ist zu einfach und auch ein bisschen blauäugig. So geht das nicht. Aber vielleicht ist er eine Anregung zu sagen: Wir müssen unsere Bemühungen intensivieren und weiterführen. Das tun wir gemeinsam im Unterausschuss, im Familienausschuss und gegebenenfalls in anderen Ausschüssen wie im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft oder im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Im Innenausschuss wird schon eine vielfältige Förderung des Engagements vorgenommen.

Fortsetzung meiner Rede

Ja, in einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Es gibt einen bunten Strauß an Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes. Das wird sich sicherlich sinnvoller gestalten lassen, wenn wir eine Anerkennung auf Bundesebene schaffen. Ich persönlich habe mich wesentlich dafür eingesetzt. Ich habe ein paar Kollegen gefunden, die an meiner Seite sind. Wir sagen: Das, was in Ländern

wie der Schweiz und Österreich schon vorhanden ist, nämlich ein Nachweis für ehrenamtliche Tätigkeit mit einer Bestätigung, auch für entsprechende Fortbildung, müssten wir auf Bundesebene bekommen, sodass jeder Mensch, der ehrenamtlich tätig ist, weiß: Ich bekomme nicht nur eine Urkunde, einen Blumenstrauß und eine öffentliche Anerkennung zu bestimmten Festtagen, sondern

ich habe etwas in der Hand, ähnlich einem Impfausweis, mit dem ich nachweise: Ich bin gut immunisiert gegen Verrohung und gegen Verlust von Demokratie.

Die Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, sind unsere besten Demokraten, weil sie erkannt haben, dass Ehrenamt immer etwas mit Gemeinnutz und mit dem Nutzen Dritter zu tun hat.

Strukturelle Hilfe für 30 Millionen Ehrenamtler

Rede zur 1. Beratung des Gesetzes zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt am 25.10.2019 im Deutschen Bundestag:

Der Entwurf wird in erster Lesung vorgelegt. Er erfuh schon in der Entstehungsphase erstaunliche Wandlungsprozesse. Wir sind überzeugt: Wir wollen und müssen mehr für das Ehrenamt und für bürgerschaftliches Engagement tun. Über verbale Wertschätzung, Auszeichnungen, Urkunden hinaus erwarten Millionen Ehrenamtler keine Lippenbekenntnisse, sondern faktische Unterstützung für ihre Arbeit, insbesondere an den Stellen, wo sie sich behindert, gegängelt oder allein gelassen fühlen.

Wie aber kann man wirksam und nachhaltig helfen? Die Fülle von Förderungen, Maßnahmen, Bestimmungen, Organisationsformen schafft Verwirrung. Wachsende bü-

rokratische Barrieren wirken hemmend und demotivierend. Unterschiedliche Akteure wie Bund, Länder und Stiftung wissen oft nichts vom Engagement des Anderen für das Ehrenamt. Nötig ist eine Institution, die dies in der Gesamtheit betrachtet, sortiert, bewertet und vor allem transparent macht. Dies brauchen Förderer wie Geförderte gleichermaßen.

Genauso müssen die Problemlagen und Bedarfe der Ehrenamtler und Engagierten, die sich nun schon jahrelang öffentlich, aber auch in diesem Hause durch Stellungnahmen und Anhörungen weitgehend ergebnislos bemüht haben, Gehör finden. Die Stiftung sammelt, strukturiert und trägt es nachdrücklich an die Entscheider heran.

Die Stiftung soll durch Unterstützung bei der Digitalisierung Ehrenamt und Engagement optimieren helfen. Die Stiftung hat nach Haushaltslage und potentiellen Zustiftun-

gen von Privatleuten, aus der Wirtschaft, aus den Ländern finanzielle Mittel für die Finanzierung von Weiterbildung, Vernetzung und Förderung kleinerer Projekte.

Und schließlich kann die Stiftung Ehrenamtler und Engagierte in dem schwer durchdringbaren Dschungel von Förderangeboten und komplizierter Antragstellung, rechtlichen Bestimmungen wie Datenschutz, Versicherungsschutz und Steuerrecht Unterstützung leisten. Bundesnetzwerke berichten uns, dass die Beschäftigung mit diesen Problemen mitunter über 50 Prozent ihrer freiwilligen unbezahlten Zeit kostet und zu Lasten ihrer inhaltlichen Arbeit geht, nur „um den Laden am Laufen zu halten“.

Bestehende Unsicherheiten und Ängste sind Motivationskiller und bremsen das Engagement.

Im Koalitionsvertrag wurde verabredet, Ehrenamt und

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Fortsetzung meiner Rede zur Ehrenamtsstiftung

freiwilliges Engagement spürbar zu unterstützen. Wir wollen nun mit einer öffentlichen Ehrenamtsstiftung dieses Problem sachlich und fachlich aufgreifen.

Wir wollen ohne Zugangsbarrieren allen Ehrenamtlern und freiwillig Engagierten durch Information konkrete, auch individuelle Beratung und Unterstützung bei der Klärung rechtlicher und praktischer Probleme geben.

In diesem Sinne soll die Stiftung auch eine Art „Callcenter“ für Ehrenamtliche werden. Diese Stiftung soll gerade keine Doppelstrukturen und Angebote aufbauen, sondern in die „schwarzen Löcher“ gehen, wo Bedarfe bestehen, die nicht durch Dritte befriedigt werden. Im Gegenteil, die Stiftung soll sich mit allen Institutionen und

Instrumenten vernetzen, die bereits aktiv sind. So kann in unserem Land tatsächlich ein flächendeckendes Netzwerk entwickelt werden.

Mit dieser Konzeption soll die Stiftung uns gerade dort Unterstützung geben, wo nicht erfahrene Trägerorganisationen tätig sind. Dort, wo kleine, regionale, verstreute und in Rechtsfragen und Verwaltung unerfahrene und ängstliche Engagierte und Ehrenamtler solche Hilfe brauchen. Zu Recht wird diese Stiftung den Anspruch erfüllen müssen, gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land für das Ehrenamt und durch das Ehrenamt zu entwickeln.

Der erste Regierungsentwurf hat in den letzten Wochen eine wesentliche Metamorphose erlebt, bevor er uns in dieser Fassung vorliegt. Die Stiftung als

solche und ihre Ausgestaltung war und ist in der Fachöffentlichkeit und bei potentiellen Partnern nicht unumstritten. Wir wecken mit diesem Angebot große Erwartungen bei allen Freiwilligen.

Wir Abgeordnete vertrauen darauf, dass die Zusage der Regierung gilt, dass die Finanzierung der Stiftung nicht zu Lasten der Freiwilligenprogramme (BFD, Bufdis, Menschen stärken Menschen) geht, sondern eine zusätzliche Finanzierung erfährt. Alles andere wäre nicht vermittelbar. Die Stiftung selbst wird mit ihrer Arbeit beweisen müssen, dass das Vertrauen in ihre hilfreiche Arbeit und die finanziellen Mittel von 30 Millionen im Jahr keine Fehlinvestition waren.

Geben wir ihr diese Chance.

Uigurische Gemeinschaft eröffnet Büro in Berlin



Am Dienstag (22.10.2019) war ich zu Gast bei der Eröffnung

des Büros der uigurischen Gemeinschaft in Berlin. Als

Berichterstatter für China sind mir die Probleme der Uiguren, einer ethnischen Minderheit in China, gut vertraut.

Über eine Million Angehörige dieser von Peking unterdrückten Minderheit sitzt in Lagern. Man hat den Eindruck, dass das Regime diese Minderheit ausrotten will.